



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

Deutscher Zweig

E-Mail: presse@kirche-in-not.de

Internet: www.kirche-in-not.de

Erzbischof Hon.Prof.
Dr. Mesrob K. Krikorian (Wien)

April 2008, „Treffpunkt Weltkirche“, Augsburg

Die Türkei und die armenische Frage

*„La question arménienne n'existe plus“
(„Die armenische Frage existiert nicht mehr“)
Talaat Bey/Pascha
Innenminister, 4. September 1915*

*„Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“
Adolf Hitler, 22. August 1939*

Einleitung

Einander ergänzende Worte des jungtürkischen Innenministers Talaat Bey und Adolf Hitlers bestätigen ein und denselben Gedanken, nämlich dass man ein Volk massakrieren und ausrotten kann und nach 20 oder 30 Jahren hat die Welt die Tragödie vergessen. Gott sei Dank haben sich die beiden Tyrannen geirrt und trotz Vernichtungsschlägen existiert das armenische Volk und das Land

Armenien noch heute - wenn auch dezimiert – und kann seine 3000 Jahre alte Kultur bezeugen und pflegen.

Der Völkermord an den Armeniern

Während des 1. Weltkriegs schmiedete der Führer der jungtürkischen Regierung bzw. der Partei „Ittihad ve Terakki“ („Einheit und Fortschritt“) den teuflischen Plan, die Armenier zu deportieren und während der Übersiedlung in die syrische Wüste zu massakrieren und zu vernichten. Sie setzten ihr Vorhaben durch: In der Nacht vom 24. auf dem 25. April – einem schwarzen Tag für die Armenier – wurden etwa 600 Personen – Intellektuelle, Schriftsteller, Journalisten, Geistliche, Rechtsanwälte, Ärzte, Abgeordnete des osmanisch-jungtürkischen Parlaments u.a. verhaftet und nach Syrien ins Exil geschickt. Einige wenige von ihnen – 8 bis 10 – konnten sich retten, aber alle anderen wurden unterwegs geschlagen und ermordet. Unter diesen befand sich auch der berühmte Geistliche und Musiker Vardapet Komitas (Soghomonian), der vor den tragischen Ereignissen in den armenischen Provinzen Ostanatoliens etwa 3000 Volkslieder mit Texten und Noten niedergeschrieben hatte, die dadurch von dem Verlust gerettet wurden (Vardapet Komitas hatte in den Jahren 1896-1899 in Berlin Musik studiert und als Diplomarbeit ein Oratorium auf den Psalm 137 mit dem Titel „An den Wassern zu Babel saßen wir und weineten“ geschaffen). Später wurde er als Musiklehrer einiger türkischer Kinder einflussreicher Familien frei gelassen, aber inzwischen litt er bereits unter geistiger Verwirrung. Er lebte noch 15 Jahre, ohne geheilt zu werden, und starb 1930 in Frankreich, aber seine sterblichen Überreste wurden nach Armenien überführt. In den darauf folgenden Monaten und Jahren haben die Türken, besonders unter der Führung des Innenministers Talaat Bey, des Verteidigungsministers Enver Pascha und des Statthalters von Adana (Mittelmeerraum) Cemal/Dschemal Bey alle Armenier aus Anatolien ausgesiedelt und nach Syrien deportiert. Während der Deportationen in den Jahren 1915 bis 1917 fielen 1,5 Millionen Armenier, das

waren ca. die Hälfte der Bevölkerung, der Gewalt, Totschlag, Vergewaltigung, dem Hunger und verschiedenen Krankheiten zum Opfer. Wahrscheinlich wurde der Ausrottungsplan schon vor April 1915 vorbereitet, da bereits „im Januar und Februar 1915 bruchstückhafte Berichte [in die amerikanische Botschaft] durchzusickern begannen. Doch die erste Tendenz war, diese bloß als Anzeichen der Unruhen zu betrachten, die während vieler Jahre in den armenischen Provinzen ausschlaggebend war.“¹ Auch in einem Brief vom 18. Februar 1915 schreibt das Zentralkomitee der Jungtürkenpartei an Cemal/Dschemal Bey folgendes: „In der Türkei ist die einzige Kraft, die das politische Leben der Ittihad ve Terakki stören kann, die armenische... Um das Heimatland von der Habgier dieses verfluchten Volkes zu retten, hat das Dschemayiet [„Zentralkomitee“] die Verantwortung des Verrufs, der auf die osmanische Geschichte kommen wird, auf seine patriotischen Schultern genommen... Für die Durchführung des Massakers wird die Regierung noch den Gouverneuren und Oberbefehlshabern der Armee die notwendigen Direktionen geben.“² In diesem Schreiben werden zwei negative Argumente den Armeniern unterstellt: erstens, dass sie die einzige Kraft darstellten, die das politische Leben der jungtürkischen Partei stören könnte, und zweitens, dass sie habgierig seien! In Wirklichkeit stellt sich die Frage, wie eine Minderheit die politische Tätigkeit bzw. Richtung einer Partei der Mehrheit behindern kann, wenn die Regierung und das Militär unter der Kontrolle der Mehrheit stehen; warum Menschen, die fleißig und anständig arbeiten, um für sich ein gutes Leben zu sichern, der Habgier beschuldigt und dafür verurteilt werden? Schließlich waren der Fleiß und die Talente der Armenier für das Land von Vorteil: viele von ihnen waren stets Hofarchitekten, Hofmaler, Ärzte, Münzmeister, Geldwechsler, Hofschneider u.s.w. und sie trugen selbstverständlich zum Fortschritt und Wohlstand der Türkei bei. In diesem Zusammenhang ist das Zeugnis des

¹ Henry Morgenthau, *The Murder of a Nation* (Ausgabe 1974), New York, 55.

² Aram Andonian, *Documents officiels concernant les massacres arméniens*, Paris 1920, ebd. in Armenisch : *Das große Verbrechen*, Boston 1921, 129-30, 133 (Originaltexte ibid. 116-17).

italienischen Zeitgenossen M.A. Ubicini aus dem Jahre 1850 interessant und wichtig. In seinen „Briefen über die Türkei“ bestätigt er, dass zum Unterschied zwischen den griechischen und den slawischen Völkern „die Armenier friedlich, fleißig und zufrieden, sowie den türkischen Interessen verbunden sind.“³

Leider störten und zerstörten verschiedene Ereignisse nach 1860 die türkisch-armenischen Beziehungen beträchtlich: dies betraf die neuen national-kirchlichen Statuten bzw. die Verfassung des armenischen Patriarchats in Istanbul (1860-1862), das Verlangen nach administrativen Reformen in den armenischen Provinzen, der Vertrag von San Stefano (heute Yeşil Köy) von 1877, der Berliner Kongress Juni/Juli 1878, bei dem die Türkei administrative Reformen versprach und sich verpflichtete, von Zeit zu Zeit die Großmächte darüber zu informieren, sowie die Gründung zweier armenischer politischer Parteien zur Selbstverteidigung, die „Sozial-demokratische Huntschak Partei“ (Genf 1887) und die „Armenisch-Revolutionäre Föderation“ (genannt „Daschnaktsutun“ – Tiflis 1890). All diese Entwicklungen brachten statt administrativer Reformen und Sicherheit Unglück über die Armenier: der blutrünstige Sultan Abdülhamid ordnete aus Zorn Massaker an der armenischen Bevölkerung an, die in den Jahren 1894 bis 1896 durchgeführt wurden.

Als etwa 20 Jahre danach der 1. Weltkrieg ausbrach und das Osmanische Reich seine Satellitenländer am Balkan, im Nahen Osten und in Afrika verlor, schien es der Jungtürkischen Regierung wohl ein günstiger Moment für die Liquidierung der Armenier und die Endlösung der „Armenischen Frage“. Doch leider verleugnen die türkische Regierung sowie Intellektuelle und Schriftsteller den Völkermord an den Armeniern bis heute, mit Ausnahme einiger weniger Schriftsteller wie z.B. Taner Akçan und Orhan Pamuk. Der Todesgang des armenischen Volkes wird lediglich als Deportation und Sicherheitsmaßnahme dargestellt. Im Februar dieses Jahres sagte der Premierminister der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan erneut anlässlich einer Sicherheitskonferenz in

³ M.A. Ubicini, Letters on Turkey, übersetzt aus dem Französischen von E. Easthope, London 1856, Bd. II, 244 und 252f.

Deutschland: „Da gibt es keinen Genozid oder ähnliches in der türkischen Kultur und Zivilisation. Wir können das nicht akzeptieren, sind aber bereit, die Sache auf der Basis von Dokumenten zu diskutieren“. Tatsächlich ist die Anerkennung des Genozids seitens der Türkei sowie der europäischen Staaten und der USA wohl nicht mehr eine Frage der Geschichtsforschung oder Diskussion, sondern der Politik. Viele Länder in Europa und im Nahen Osten haben die Massaker bereits als Völkermord anerkannt, nur die USA zögern und verzögern aus militärisch-strategischen Gründen nachzuziehen. Schon im April 1984 hat das Ständige Tribunal der Völker in Paris folgendes Urteil ausgesprochen, nämlich dass „das Massaker der armenischen Bevölkerung im Sinne der Konvention vom 9. Dezember 1948 einen Völkermord darstellt“. Hier zitiere ich einen Teil des Urteils bzw. der Verurteilung durch das Ständige Tribunal:

„Schlussfolgerungen:

- dass das Massaker an der armenischen Bevölkerung im Sinne der Konvention vom 9. Dezember 1948 einen Völkermord darstellt, und die den Völkermord verurteilenden Festlegungen der Konvention als rechtserläuternd zu betrachten sind;
- dass die türkischen Behörden aufgrund der 1894-1896 und 1915-1917 verübten Massaker als des Völkermords, der Anstiftung zum Völkermord und der Beihilfe zum Völkermord schuldig zu sprechen sind.“⁴

Auch das Europäische Parlament hat 1987 die Massaker an den Armeniern in den Jahren 1915-1917 als einen Völkermord anerkannt und die Türkei aufgefordert, ihre Schuld einzugestehen. Ich bin der Meinung, dass die türkischen Regierungen den Genozid an den Armeniern leugnen nicht so sehr,

⁴ Das Verbrechen des Schweigens – Die Verhandlung des türkischen Völkermordes an den Armeniern vor dem Ständigen Tribunal der Völker, mit einem Vorwort von Tessa Hofmann herausgegeben, Göttingen und Wien 1984, 142-43.

weil es „in der Kultur und Zivilisation keinen Genozid gibt“, sondern viel mehr weil sie sich vor der Wiedergutmachung materiellen und immaterieller Schäden fürchten, die durch die Massaker und Deportationen der Jahre 1915 bis 1917 verursacht wurden. Vor etlichen Jahren, als ich an der Evangelischen Akademie in Hofgasmair Vorträge über Armenier und die Armenische Kirche hielt, hat ein türkischer Journalist mit mir über die „armenische Frage“ ein Interview gemacht. Ich habe im Namen der Armenier empfohlen, den Berg Ararat und die Grenzstadt Ani – die von 885/6 bis 1045 Hauptstadt des armenischen Bagratiden-Königreichs war – ohne viel Lärm und Wirbel den Armeniern zurückzugeben. Daraufhin hat der Türke gefragt, ob die Armenier damit zufrieden und friedlich sein würden, habe ich geantwortet: „Ich glaube schon, dass die Armenier mehrheitlich eine solche Geste der Türkei schätzen würden“. Als ich nach Wien zurückkehrte, bekam ich die Zeitung „Hürriyet“ (europäische Ausgabe) zu sehen, wo auf der ersten Seite in Großbuchstaben stand: „Die neueste Frechheit der Armenier: Sie verlangen den Ağrı Dağ / Berg Ararat von der Türkei zurück!“.

Kommen wir auf die Aussagen von Talaat Pascha zurück, der schon im September 1915 deklarierte, dass „die armenische Frage nicht mehr existiert“ („La question arménienne n'existe plus“) und jene von Adolf Hitler, der meinte: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier“!

Wie man sieht beschäftigt die armenische Frage – trotz der Behauptung von Talaat Bey – die Weltgemeinschaft stärker denn je und man spricht lautstark von der geplanten Vernichtung der Armenier. Gott sei Dank hat das armenische Volk den Vernichtungsschlag der Jungtürken überlebt – wenn auch auf der ganzen Welt verstreut – und das Land Armenien lebt mit Unterstützung der Weltgemeinschaft in Freiheit und blickt einer hoffnungsvollen Zukunft entgegen.

Der Beitritt der Türkei in die EU ist ungeeignet

Der Beitritt der Türkei in die EU ist ungeeignet und bringt kleinere Länder wie Österreich, Belgien oder die Niederlande in Gefahr. Geographisch, demographisch, religiös und kulturell haben die Türken mit Europa nichts zu tun. Die Kulturobjekte, die sie in den Museen gesammelt und der Welt zur Schau stellen, haben sie den Byzantinern und Armeniern geraubt. Sie haben keine Beziehung mit ihrer zentralasiatischen nomadischen Vergangenheit. Aus diesen Gründen betrachte ich den Beitritt der Türkei in die EU als ungeeignet und gefährlich. Gefährlich, weil im Falle eines Beitritts einige Millionen Türken aus Anatolien nach Europa einwandern und durch hohe Geburtenraten sich sehr schnell vermehren werden. Da die Europäer/innen für Familien wenig Zeit haben, können die sich rasch vermehrenden Einwanderer in 10 bis 20 Jahren zahlreicher sein als die Einheimischen. Dann werden besonders kleinere europäische Länder viel an Qualität und Kreativität verlieren und dadurch wird sich auch der Volkscharakter wesentlich ändern. In der Folge wird durch die Mischung ein anderes Volk entstehen, das wenig mit der Tradition des Landes zu tun hat.

Ich treffe manchmal Europäer, die meinen, dass nicht so viele Migranten aus Anatolien nach Europa einwandern werden wie gefürchtet. Hier liegt der grundsätzliche Unterschied der Meinungen: Weil in den größeren Städten der Türkei die Wirtschaft Fortschritte erzielt, glauben manche, dass dieselben Verhältnisse überall im Land herrschen. Meiner Überzeugung nach ist diese Vermutung falsch, weil die Geschichte beweist, dass in Wirklichkeit größere Völkerbewegungen immer wirtschaftliche Gründe hatten.

Warum beziehen manche europäische Politiker eigentlich zum Beitritt der Türkei eine positive Position? Meiner Meinung nach überschätzen sie entweder die Wirtschaft oder legen darauf einen übermäßigen Wert oder sie sind Opfer einer Fehleinschätzung der Situation. Wenn man glaubt, dass ich mit meinen Vorbehalten übertreibe, dann darf ich als Beispiel die Schulfrage in die Mitte der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stellen. Schon jetzt gibt es in Österreich

und Deutschland viele Schulen, die die Bewahrung der Disziplin und die Förderung der Talente betreffend, mit großen Schwierigkeiten konfrontiert sind. In der Folge bringen einheimische Familien ihre Kinder immer mehr in Privatschulen unter, um dadurch eine geeignete Erziehung bzw. Ausbildung für sie zu sichern. In diesem Zusammenhang könnte Integration natürlich eine positive Rolle spielen, aber ein Widerstand seitens der Türken verlangsamt und stört diesen Prozess. Im Februar dieses Jahres verwechselte der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan bei einem Besuch in Deutschland Integration mit Assimilation und nannte die „Anpassung“ „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (vielleicht meinte er „Menschheit“!). Mitte März 2008 wurde in Zeitungen in Österreich eine Annonce von Wiener Neustadt publiziert, wonach die Stadtverwaltung dringend einen „Integrationsbeauftragten“ suchte. Es hieß: „Schulklassen mit mehr als 60 Prozent Ausländeranteil, Ghettoisierung in Wohnsiedlungen und vieles mehr. Wiener Neustadt braucht dringend einen offiziellen Integrationsbeauftragten. Zu dieser Ansicht ist im Vorjahr die Stadtführung gekommen“ (siehe z.B. Kurier vom 15. März 2008).

Wenn man aus verschiedenen Gründen die Türkei an Europa gebunden sehen will, kann man eine strategisch-wirtschaftliche Assoziation oder Partnerschaft anstreben, sie aber nicht unbedingt in die EU aufnehmen.

Religionspolitik der Türkei

Die Religionspolitik der Türkei ist einseitig muslimisch, ignoriert die christlichen und jüdischen Religionen und verweigert ihnen einen eigenen Rechtsstatus. Obwohl sich der Staat als „laizistisch“ bezeichnet, fördert er tatsächlich den Islam massiv. Die Religion wird von einer großen Behörde („Dinayet“) mit etwa 100.000 staatlich besoldeten Mitarbeitern verwaltet und kontrolliert. Besonders die christlichen Kirchengemeinschaften und Einrichtungen werden nach außen zwar toleriert, aber in Wirklichkeit durch

verschleierte Methoden unterdrückt und geschwächt. Nicht-türkische Staatsbürger dürfen weder pastorale Tätigkeit ausüben noch zum Patriarchen gewählt werden; anlässlich der Wahl eines Patriarchen werden nur provisorische Statuten aufgestellt und später wieder außer Kraft gesetzt; die griechischen und armenischen Priesterseminare sind seit 1972 bzw. seit der Zypernkrise geschlossen. Die Stiftungen sind alle vor 50 Jahren (rückwirkend ab 1936) konfisziert worden, obwohl es Versprechen gab, diese mit Gerichtsverhandlungen zurückzuerstatten, doch das Versprechen ist auf dem Papier geblieben. Weiters werden die letzten wenigen Klöster und Kirchen, aber auch historische Friedhöfe, zerstört und ausgeraubt. Für Umbauten, Renovierungen und Nutzung alter Kirchen und Nebengebäude sind jeweils Sondergenehmigungen notwendig, deren Erteilung sich oft so lange verzögert, bis die Bauten total verfallen sind. Auch die freie Meinungsäußerung ist strafbar, besonders wenn man über Tabuthemen spricht, wie beispielsweise den Völkermord an den Armeniern. Weil der Schriftsteller Orhan Pamuk eine Bemerkung gemacht hatte, wonach während des 1. Weltkriegs eine Million Armenier gefallen sind, wurde er von der Staatsanwaltschaft vor Gericht angeklagt und von einem fanatischen Mob beschimpft. Der armenische Journalist Hrant Dink, der mit seiner Zeitung „Agos“ zwischen den Türken und Armeniern eine Versöhnung herbeiführen wollte, wurde von Nationalisten mit der Todesstrafe belohnt (!). Wie kann so ein Land Mitglied der EU werden?

Schlussbemerkung

Die engstirnigen nationalistischen Jungtürken wollten das armenische Volk total ausrotten und „die armenische Frage“ ein für alle mal aus der Welt schaffen. Der kriminelle Talaat Pascha, Innenminister und einer der Hauptakteure, die den Genozid an den Armeniern geplant und durchgeführt haben, war voreilig, als er schon am 4. September 1915 verkündete, dass „die armenische Frage nicht mehr existiert“ („La question arménienne n'existe plus“). Trotz 1,5 Millionen

Mordopfern und trotz des Verlusts der armenischen historischen Territorien in Anatolien, besteht etwa 90 Jahre nach der großen Katastrophe das armenische Volk bzw. „die armenische Frage“ noch. Ein dezimiertes, kleines Heimatland (30.000 m²) existiert noch und strebt nach einer hoffnungsvollen Zukunft.

Wichtig ist, dass die armenische Nation Herr ihrer alten Zivilisation bleibt und sich kreativ in Wissenschaft und Kultur einbringt. Sie verlangt Gerechtigkeit von den Türken für das Verbrechen, das während des 1. Weltkriegs an ihnen verübt wurde. Nach dem Krieg haben die Alliierten gemeinsam ein Gericht gegen die damalige türkische Restführung eingerichtet und die verantwortlichen Verbrecher zum Tode verurteilt. Die in Abwesenheit verurteilten Kriminellen sind ins Ausland geflüchtet, aber die Gerechtigkeit hat gesiegt und alle wurden in irgendeiner Form bestraft. Ein Überlebender namens Soghomon Tehlirian, dessen Familie während des Genozids ausgerottet wurde, hat am 15. März 1921 in Charlottenburg/Berlin in einer dramatischen Attacke den Hauptmörder Talaat Pascha erschossen. Das deutsche Gericht hat Tehlirian frei gesprochen.

Ich schließe meinen Vortrag mit der Aussage des französischen

Staatspräsidenten François Mitterrand vom 7. Januar 1984 bei einem Besuch der armenischen Kirchengemeinde in Vienne/Frankreich:

„Es ist unmöglich, die Spuren des Völkermordes auszulöschen, von dem Sie [das armenische Volk] heimgesucht wurden...“. (« Il n'est pas possible d'effacer la trace du génocide qui vous a frappé »).

[Presseberichte, Fotos, Skripts u.v.m. zum Treffpunkt Weltkirche 2008 finden Sie unter www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)